



Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg University of Applied Sciences

Hochschulanzeiger Nr. 44 / 2009 vom 21. Oktober 2009

Herausgeber:
Präsidium der HAW Hamburg

Redaktion:
Jens Leichsenring
Tel.: 040/42875-9040

Bekanntmachung gemäß § 108 Absatz 5 Satz 2 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18.07.2001, zuletzt geändert am 23. September 2008 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2008 S. 335).

Im Hochschulanzeiger der HAW Hamburg, dem hochschulinternen Verkündungsblatt, werden Satzungen, Ordnungen und Richtlinien der Hochschule, die nicht im Amtlichen Anzeiger der Freien und Hansestadt Hamburg veröffentlicht werden müssen, in geeigneter Weise bekannt gegeben. Mit dem Datum der Veröffentlichung im Hochschulanzeiger treten die nachfolgenden Satzungen, Ordnungen und Richtlinien in Kraft. Der Hochschulanzeiger wird auch im Intranet der HAW Hamburg unter „Gesetze und Verordnungen“ veröffentlicht.

Inhaltsverzeichnis:

Seite Inhalt

- | | |
|-----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2 | Prüfungs- und Studienordnung des Masterstudiengangs Multichannel Trade Management in Textile Business an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 10. September 2009 |
| 14 | Ordnung zur Beendigung der „Prüfungs- und Studienordnung des europäischen Diplomstudiengangs Elektrotechnik und Elektronik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ vom 24. September 2009 |
| 15 | Ordnung zur Beendigung der „Prüfungs- und Studienordnung des Diplomstudiengangs Informations- und Elektrotechnik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ vom 24. September 2009 |
| 16 | Erste Änderung der Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Fakultät Wirtschaft und Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 8. Oktober 2009 |

**Prüfungs- und Studienordnung
des Masterstudiengangs
Multichannel Trade Management in Textile Business
an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften
Hamburg
(University of Applied Sciences)
vom 10. September 2009**

Das Präsidium der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 10. September 2009 nach § 108 Abs. 1 Satz 3 und Absatz 4 Satz 1 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (Hmb GVBl. S. 171), zuletzt geändert am 23. September 2008 (Hmb GVBl. S. 335), die vom Fakultätsrat der Fakultät Wirtschaft und Soziales und die vom Fakultätsrat der Fakultät Design, Medien und Information nach § 91 Absatz 2 Nummer 1 HmbHG beschlossene „Prüfungs- und Studienordnung des Masterstudiengangs Multichannel Trade Management in Textile Business an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (University of Applied Sciences)“ bis zum 28. Februar 2011 in der nachstehenden Fassung genehmigt.

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Allgemeine Bestimmungen	3
§ 2 Akademischer Grad des Abschlusses	3
§ 3 Zugangsvoraussetzungen	3
§ 4 Lehrveranstaltungen	3
§ 5 Module und Leistungspunkte (CP)/Studienplan	3
§ 6 Praxisphase	4
§ 7 Leistungen	5
§ 8 Master-Thesis	6
§ 9 Zulassung zu Prüfungs- und Studienleistungen	7
§ 10 Bewertung und Benotung	7
§ 11 Verfahren und Zeugnis	8
§ 12 Wiederholung der Leistungen	9
§ 13 Prüfungsausschuss	9
§ 14 Prüfende	10
§ 15 Täuschung, Ordnungsverstoß, Versäumnisse	10
§ 16 Unterbrechung der Prüfung	11
§ 17 Nachteilsausgleich für behinderte und chronisch kranke Studierende	11
§ 18 Nachteilsausgleich in besonderen Lebenssituationen	12
§ 19 Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungen	12
§ 20 Prüfungsakten, Aufbewahrungsfristen, Akteneinsicht	13
§ 21 Widerspruch	13
§ 22 Ungültigkeit der Prüfung	13
§ 23 Inkrafttreten	13

§ 1 Allgemeine Bestimmungen

Diese Prüfungs- und Studienordnung regelt das Studium des Masterstudiengangs Multichannel Trade Management in Textile Business.

§ 2 Akademischer Grad des Abschlusses

Die Hochschule verleiht als Abschluss des dreisemestrigen Studiengangs den akademischen Grad „Master of Business Administration (MBA)“.

§ 3 Zugangsvoraussetzungen

Die Zugangsvoraussetzungen und Bestimmungen für die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber sind in einer gesonderten Ordnung geregelt, die im Hochschulanzeiger veröffentlicht wird, und in ihrer jeweils aktuellen Fassung gilt.

§ 4 Lehrveranstaltungen

(1) Lehrveranstaltungsarten sind insbesondere:

1. Seminaristischer Unterricht: Im seminaristischen Unterricht erfolgt die Darstellung und Vermittlung von wissenschaftlichen Grund- und Spezialkenntnissen und Methoden durch die Lehrenden unter aktiver Beteiligung der Studierenden. Der seminaristische Unterricht soll als Lehrveranstaltungsart überwiegen.
2. Seminar: Das Seminar ist eine Lehrveranstaltung mit Anwesenheitspflicht, in der die Darstellung und Vermittlung von wissenschaftlichen Grund- und Spezialkenntnissen und Methoden durch die Lehrenden durch Referate oder andere Eigenbeiträge der Studierenden ergänzt wird.
3. Übung: Die Übung ist eine Lehrveranstaltung, in der die Studierenden vorgegebene Aufgaben unter Anleitung der Lehrenden zu bearbeiten haben.
4. Praktikum: Das Praktikum ist eine Lehrveranstaltung, in der die Studierenden nach Maßgabe und unter Anleitung der Lehrenden einzeln oder in Gruppen (fach-)praktische Tätigkeiten durchführen.
5. Projekt: Das Projekt ist eine fächerübergreifende Lehrveranstaltung. Es beinhaltet fächerübergreifende Aufgabenstellungen, die die Studierenden in Gruppen unter Anwendung von fachlichen und organisatorischen Problemlösungsmethoden anwendungsorientiert bearbeiten.
6. Exkursion: Die Exkursion ist eine Lehrveranstaltung außerhalb der Hochschule, die von Mitgliedern des Lehrkörpers und Studierenden gemeinsam in Form von Besichtigungen außerhalb der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg durchgeführt wird.
7. Workshop: Der Workshop ist eine Lehrveranstaltung, in der ausgewählte – auch fächerübergreifende – Themen in Gruppenarbeit bearbeitet und in Referaten vorgetragen werden. Als Ergänzung können Exkursionen durchgeführt und/oder externe Referenten einbezogen werden.

(2) Ein Drittel der Lehrveranstaltungen sollten in englischer Sprache durchgeführt werden.

§ 5 Module und Leistungspunkte (CP)/Studienplan

(1) Die Arbeitsbelastung für die einzelnen Module und die Master-Thesis wird in Leistungspunkten (CP) ausgewiesen. Ein CP entspricht einer durchschnittlichen Arbeitsbelastung von 30 Zeitstunden.

(a) Die einem Modul gemäß nachfolgendem Abs. 2 zugewiesenen Leistungspunkten (CP) erwirbt die oder der Studierende, wenn sie oder er die in § 9 festgesetzten Voraussetzungen erfüllt hat.

(b) Die Regelstudienzeit beträgt eineinhalb Studienjahre (drei Semester). Das Studium für den Abschluss im Masterstudiengang „Multichannel Trade Management in Textile Business“ umfasst insgesamt 90 CP.

(2) Das gesamte Lehrangebot sowie die Verteilung der Leistungspunkte (CP) und SWS auf die einzelnen Lehrveranstaltungen ergeben sich aus folgendem Studienplan:

Studienplan

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Pflichtmodule		Lehrveranstaltungen								
Nr.	Name	Semester	CP	Fach/Kurs/LV	LVA	CP	SWS	Prüfungsart	Prüfungsform	Notengewicht
1	Internationale Wirtschaft	1	10	Internationaler Handel und Globalisierung	SU	5	4	PL	K oder M oder R oder H oder KO	5
				Interkulturelles Management	SU	5	4	PL	K oder M oder R oder H oder KO	5
2	Einkaufs- und Absatzmanagement	1-2	11	Einkaufs- und Marketingmanagement 1	SU	8	6	PL	K oder M oder R oder H oder KO	8
				Einkaufs- und Marketingmanagement 2	SU	3	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	3
3	Internationales Wirtschaftsrecht	1-2	5	Internationales Wirtschaftsrecht 1	SU	2	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	2
				Internationales Wirtschaftsrecht 2	SU	3	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	3
4	Qualitätsmanagement / Corporate Social Responsibility	1-2	10	Supply Chain Management	SU	3	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	3
				Corporate Social Responsibility	SU	2	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	2
				Qualitätsmanagement / TQM	SU	2	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	2
				Prozesse des textilen Kreislaufs - Ökologie, Nachhaltigkeit und Recycling	SU	3	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	3
5	Textil- und Bekleidungstechnik	1-2	8	Beurteilungsverfahren Bekleidung	SU	5	4	PL	K oder M oder R oder H oder KO	5
				Technische Materialanforderungen Gewebe / Strick	SU	3	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	3
6	Multichannel Trade Management und Controlling	2	10	Multichannel Trade Management	SU	5	4	PL	K oder M oder R oder H oder KO	5
				Controlling	SU	5	4	PL	K oder M oder R oder H oder KO	5
7	Produktmanagement / Kollektionsentwicklung	2	4	Produktmanagement	SU	2	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	2
				Kollektions- und Sortimentsentwicklung	SU	2	2	PL	K oder M oder R oder H oder KO	2
8	Praxisphase	1-2; 3	14	Praxisphase 1	Pr	2	--	SL	H	
				Praxisphase 2	Pr	12	--	SL	H	
9	Masterthesis	3	18	Masterthesis	--	18	--	PL	--	18

Nummer des Moduls Benennung des Moduls empfohlenes Semester Kreditpunkte des Moduls Benennung der Lehrveranstaltung Lehrveranstaltungsart (V=Vorlesung, Pr=Praktikum, SU=Seminaristischer Unterricht) Leistungspunkte der Lehrveranstaltung Semesterwochenstunden der Lehrveranstaltung Art der Prüfungsleistung (SL=Studienleistung, PL=Prüfungsleistung) Form der Prüfungsleistung (K= Klausur, M= Mündliche Prüfung, R= Referat, H= Hausarbeit, KO= Kolloquium) Anteil der Note der Prüfungsleistung für die Berechnung der Modulnote

(3) Aus den für die Prüfungsvorleistungen und Modulprüfungen aufgelisteten Prüfungsformen kann eine ausgewählt oder können mehrere miteinander kombiniert werden. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Lehrangebotes wird auf die Modulbeschreibungen in dem Modulhandbuch verwiesen.

§ 6 Praxisphase

(1) Die Praxisphasen sind zwei in das Studium integrierte, von der Hochschule gelenkte und betreute, inhaltlich bestimmte Ausbildungsabschnitte. Sie umfassen mindestens 12 Wochen, wobei die erste Praxisphase zwischen dem 1. und 2. Semester mindestens 4 Wochen, die zweite Praxisphase im 3. Semester mindestens 8 Wochen beträgt. Die Praxisphasen werden in der Regel durch ein Seminar vor- und nachbereitet und durch Praktikumsberichte in Form zweier Hausarbeiten abgeschlossen. Auf Antrag der oder des Studierenden kann der

zuständige Prüfungsausschuss feststellen, ob das Ausbildungsziel stattdessen auch durch eine zusammenhängende Praxisphase von mindestens 12 Wochen Länge möglich ist.

(2) Mit erfolgreichem Abschluss der ersten Praxisphase und des begleitenden Seminars erwirbt die oder der Studierende 2 CP, mit erfolgreichem Abschluss der zweiten Praxisphase und des begleitenden Seminars erwirbt die oder der Studierende 12 CP.

§ 7 Leistungen

(1) Prüfungen werden entweder in der Prüfungsart Prüfungs- oder Studienleistung erbracht. Prüfungsleistungen werden bewertet und benotet. Studienleistungen werden nur als bestanden oder nicht bestanden bewertet.

(2) Soweit in dieser Prüfungs- und Studienordnung nicht anders geregelt, setzt die oder der Prüfende (bei mehreren Prüfenden diese einvernehmlich) zu Beginn der Lehrveranstaltung die jeweilige Prüfungsform, die formalen Prüfungsbedingungen, insbesondere Dauer, die auf die jeweilige Prüfung entfallende Arbeitsbelastung und die zugelassenen Hilfsmittel, sowie für den Fall der Teilprüfungen die Gewichtung der einzelnen Teilprüfungen fest. Die Angaben gemäß vorstehendem Satz sind Teil des Studienplans des jeweiligen Semesters und werden von der/dem/den Prüfenden zu Beginn der jeweiligen Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

(3) Leistungen werden studienbegleitend durch die nachfolgenden Prüfungsformen erbracht.

1. Klausur (K)

Eine Klausur ist eine unter Aufsicht anzufertigende Arbeit, in der die Studierenden ohne Hilfsmittel oder unter Benutzung der zugelassenen Hilfsmittel die gestellten Aufgaben allein und selbständig bearbeiten. Die Dauer einer Klausur beträgt mindestens 60, höchstens 240 Minuten.

2. Mündliche Prüfung (M)

Eine mündliche Prüfung ist ein Prüfungsgespräch, in dem die Studierenden in freier Rede darlegen müssen, dass sie den Prüfungsstoff beherrschen. Sie dauert in der Regel zwischen 15 und 45 Minuten je Prüfling. Mündliche Prüfungen können als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung durchgeführt werden. Die Prüfung ist in Gegenwart einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers durchzuführen. Sie oder er wird vom vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses bestellt. Sie oder er muss zum Kreis der nach § 14 Prüfungsberechtigten gehören. Die in der mündlichen Prüfung erbrachte Leistung wird nur von der verantwortlichen Prüferin oder dem verantwortlichen Prüfer bewertet und benotet. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Es wird von den Prüfenden unterzeichnet und bleibt bei den Prüfungsakten. Bei mündlichen Prüfungen werden nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Mitglieder der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg als Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen. Studierende, die sich der gleichen Prüfung in der nächsten Prüfungsperiode unterziehen wollen, sind zu bevorzugen. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an die Studierenden. Auf Antrag der oder des Studierenden wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

3. Kolloquium (KO)

Das Kolloquium ist ein Prüfungsgespräch, welches auch dazu dient festzustellen, ob die nicht unter Aufsicht erbrachte Prüfungsleistung eine selbstständig erbrachte Leistung ist. Die Dauer des Kolloquiums beträgt mindestens 15, höchstens 45 Minuten je Prüfling. Die Bestimmungen für mündliche Prüfungen gelten entsprechend.

4. Referat (R)

Ein Referat ist ein Vortrag von 15 bis 45 Minuten Dauer auf Grundlage einer selbst gefertigten schriftlichen Ausarbeitung. In der schriftlichen Ausarbeitung sind die wichtigsten Ergebnisse zusammenzufassen, im Vortrag sind diese in freier Rede darzustellen und in der anschließenden Diskussion – die durch einen Diskussionsleiter geführt wird – zu vertreten. Zusammen mit dem Referat ist eine schriftliche Erklärung abzugeben aus der hervorgeht, dass die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit die entsprechend gekennzeichneten Teile der Arbeit (§ 10 Abs. 2) - ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt

wurden. Die schriftliche Ausarbeitung sowie die bei dem Vortrag verwendete Präsentation und Grafiken sind dem Prüfer in schriftlicher und elektronischer Form zu übergeben.

5. Hausarbeit (H)

Eine Hausarbeit ist eine unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse nicht unter Aufsicht anzufertigende Ausarbeitung, durch die die oder der Studierende die selbstständige Bearbeitung eines gestellten Themas nachweist. Die Bearbeitungszeit einer Hausarbeit beträgt drei Monate. Zusammen mit der Hausarbeit ist eine schriftliche Erklärung abzugeben aus der hervorgeht, dass die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit die entsprechend gekennzeichneten Teile der Arbeit (§ 10 Abs. 2) - ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden.

§ 8 Master-Thesis

(1) Im dritten Fachsemester ist von den Studierenden eine Master-Thesis in einem dem Studiengang entsprechenden Fachgebiet zu erarbeiten. In der Master-Thesis sollen die Studierenden zeigen, dass sie in der Lage sind, ein Problem aus dem ihrem Studiengang entsprechenden beruflichen Tätigkeitsfeld selbstständig unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse zu bearbeiten, in die fächerübergreifenden Zusammenhänge einzuordnen und selbstständig wissenschaftliche Erkenntnisse zu vertiefen und weiter zu entwickeln.

(2) Zur Master-Thesis werden diejenigen Studierenden zugelassen, die mindestens 6 Module des ersten und zweiten Fachsemesters erfolgreich bestanden haben.

(3) Die Master-Thesis ist eine schriftliche Ausarbeitung. Sie wird über das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses ausgegeben. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen. Die Studierenden können Themenvorschläge unterbreiten.

(4) Die Master-Thesis kann im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten von jeder bzw. jedem nach § 14 bestellten Prüferin oder Prüfer betreut werden. Die Studierenden können die Prüferin oder den Prüfer vorschlagen, ihrem Vorschlag soll soweit wie möglich entsprochen werden.

(5) Die Bearbeitungsdauer der Master-Thesis beträgt 12 Wochen. Die Gesamtbearbeitungsdauer darf mit Verlängerung 18 Wochen nicht überschreiten. Das Thema muss so beschaffen sein, dass es innerhalb der vorgesehenen Frist bearbeitet werden kann. Die Master-Thesis ist in drei Exemplaren (ein Auslegeexemplar und zwei Ausfertigungen für die Prüfenden) bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses abzugeben oder mit dem Poststempel des letzten Tages der Frist zu übersenden. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Auf einen vor Ablauf der Frist gestellten Antrag der oder des Studierenden kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungsdauer bei Vorliegen eines wichtigen Grundes höchstens um sechs Wochen verlängern. Vor der Entscheidung über den Antrag ist eine Stellungnahme der betreuenden Prüferin bzw. des betreuenden Prüfers einzuholen. In Härtefällen kann eine Unterbrechung vom Prüfungsausschuss genehmigt werden; § 16 „Unterbrechung der Prüfung“ gilt entsprechend.

(6) Zusammen mit der Master-Thesis ist eine schriftliche Erklärung abzugeben aus der hervorgeht, dass die Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quellen kenntlich zu machen.

(7) Die Master-Thesis wird, wenn nicht zwingende Gründe entgegenstehen, von der betreuenden Prüferin bzw. von dem betreuenden Prüfer und von einer zweiten Prüferin/von einem zweiten Prüfer bewertet, die von dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses aus dem Kreis der nach § 14 bestellten Prüfenden benannt werden.

(8) Die Note der Master-Thesis ergibt sich aus dem Durchschnitt der Bewertungen.

§ 9 Zulassung zu Prüfungs- und Studienleistungen

(1) Die Ablegung von Leistungen können an die Voraussetzungen geknüpft werden, dass sich die/der Studierende zu der Lehrveranstaltung und/oder der Prüfung gemäß des vorher durch den Prüfungsausschuss gemäß § 13 Abs. 6 bzw. des durch die/den Prüfer gemäß § 14 Abs. 2 festgelegten Anmeldeverfahrens angemeldet hat.

(2) An den Prüfungen kann nicht teilnehmen, wer in diesem oder verwandten Studiengängen eine Prüfung endgültig nicht bestanden hat.

§ 10 Bewertung und Benotung

(1) Die Modulnote ergibt sich aus der Note der Prüfungsleistung bzw. bei mehreren Prüfungsleistungen aus deren Noten. Bei mehreren Prüfungsleistungen in einem Modul wird die Modulnote aus den Noten der Prüfungsleistungen errechnet. Dabei werden die Noten der Prüfungsleistungen mit den auf sie entfallenden Leistungspunkten (CP) multipliziert und das Ergebnis durch die Gesamtzahl der Leistungspunkte (CP) des Moduls dividiert. Bei der Modulnote wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

Die Gesamtnote setzt sich aus allen Modulnoten, gewichtet nach Ihren Leistungspunkten (CPs), zusammen. Es wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(2) Es werden die Leistungen der oder des einzelnen Studierenden bewertet. Arbeiten von Gruppen können nur insoweit als Leistung einer bzw. eines Einzelnen anerkannt werden, als die zu bewertende individuelle Leistung deutlich unterscheidbar ist. Die Abgrenzung der Leistung erfolgt aufgrund der Angabe von Abschnitten oder Seitenzahlen oder durch eine von den Mitgliedern der Gruppe vorzulegende zusätzliche Beschreibung, aus der eine Abgrenzung des Beitrages der Einzelnen ersichtlich ist. Ferner kann in einem Kolloquium festgestellt werden, ob die oder der einzelne Studierende den eigenen Beitrag sowie den Arbeitsprozess und das Arbeitsergebnis der Gruppe selbstständig erläutern und vertreten kann.

(3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen und für die Bewertung der Master-Thesis nach § 8 Abs. 8 sind folgende Noten zu verwenden:

1,0 = sehr gut (eine hervorragende Leistung)

2,0 = gut (eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)

3,0 = befriedigend (eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht)

4,0 = ausreichend (eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt)

5,0 = nicht ausreichend (eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt)

Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note ausreichend (4,0) bewertet worden ist. Zur differenzierteren Bewertung werden die Noten durch Erniedrigen oder Erhöhen der Notenziffern um 0,3 gebildet. Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(4) Die Modulnoten lauten:

bis einschließlich	1,5	sehr gut
über	1,5 bis 2,5	gut
über	2,5 bis 3,5	befriedigend
über	3,5 bis 4,0	ausreichend
über	4,0	nicht ausreichend

(5) Bewerten mehrere Prüfende eine Prüfungsleistung, wird die Note grundsätzlich aus dem arithmetischen Mittel der einzelnen Bewertungen der Prüfenden errechnet. Teilen sich mehrere Prüferinnen und Prüfer eine Prüfung

untereinander auf, so müssen sie sich auf einen einheitlichen Bewertungsmaßstab einigen. Dabei ist der Gewichtsanteil jeder einzelnen Prüferin oder jedes einzelnen Prüfers unter Berücksichtigung der studentischen Arbeitsbelastung festzulegen.

(6) Bei der Mittelwertbildung sind die arithmetischen Werte an die Noten des § 10 Abs. 3 anzupassen. Dabei wird der Mittelwert auf die Note nach § 10 Abs. 3 mit dem geringsten Abstand gerundet. Bei gleichem Abstand zu zwei Noten des § 10 Abs. 3 ist auf die nächste bessere Note zu runden.

(7) Eine Studienleistung wird mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet, nicht jedoch benotet..

(8) Für die Masterprüfung wird eine Gesamtnote gebildet.

Die Gesamtnote lautet

bis einschließlich	1,5	sehr gut
über	1,5 bis 2,5	gut
über	2,5 bis 3,5	befriedigend
über	3,5 bis 4,0	ausreichend

(9) Zusätzlich zur Abschlussnote wird die relative Note errechnet. Die relative Note drückt aus, welchen Rang die Absolventin oder der Absolvent gegenüber den übrigen Absolventinnen und Absolventen einnimmt. Die relative Note ist entsprechend der folgenden ECTS-Bewertungsskala auszuweisen:

- A die besten 10 %
- B die nächsten 25 %
- C die nächsten 30 %
- D die nächsten 25 %
- E die nächsten 10 %.

§ 11 Verfahren und Zeugnis

(1) Der Studiengang wurde erfolgreich abgeschlossen, wenn alle vorgeschriebenen Module erfolgreich erbracht und die vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind. Das Zeugnis wird ausgestellt, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. das zum Besuch der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg im Masterstudiengang Multichannel Trade Management in Textile Business berechtigende Zeugnis;
2. die Immatrikulation im Masterstudiengang Multichannel Trade Management in Textile Business;
3. die Erklärung nach § 8 Absatz 3.

(2) Das Zeugnis ist unverzüglich innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der letzten Bewertung auszustellen. Das Zeugnis und die Urkunde sind in deutscher Sprache auszustellen. Das Zeugnis enthält:

1. die Module, deren Bezeichnungen, die Prüfungsleistungen mit Noten, die Studienleistungen und die dadurch erworbenen Leistungspunkte (CP),
2. das Thema und die Note der Master-Thesis und die dadurch erworbenen Leistungspunkte,
3. die Gesamtnote und einen Hinweis auf die Gesamtnotenbildung, die erreichte Gesamtleistungspunktezahl, sowie die Bezeichnung des Studiengangs.
4. relative Abschlussnote.

Die relative Abschlussnote ist nur dann anzugeben, wenn für den Studiengang eine klar abgegrenzte Prüfungsperiode besteht, die der Absolventin oder dem Absolventen zugerechnet werden kann. Das Zeugnis wird von dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unterzeichnet. Als Datum des Prüfungszeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die Erfüllung aller Voraussetzungen nach Abs. 1 festgestellt wird. Ferner wird der Tag vermerkt, an dem alle Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllt sind.

(3) Zusammen mit dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement ausgestellt. Das Diploma Supplement enthält folgende Angaben:

1. Angaben zur Inhaberin bzw. zum Inhaber der Qualifikation
2. Angaben zur Qualifikation
3. Angaben zur Ebene der Qualifikation
4. Angaben zum Inhalt und zu den erzielten Ergebnissen
5. Angaben zum Status der Qualifikation
6. Weitere Angaben
7. Zertifizierung
8. Angaben zum nationalen Hochschulsystem

Das Diploma Supplement wird in deutscher und englischer Sprache abgefasst.

§ 12 Wiederholung der Leistungen

(1) Eine bestandene Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden..

(2) Eine nicht bestandene Leistung kann zweimal wiederholt werden.

(3) Die nicht bestandene Thesis kann nur einmal, in begründeten Ausnahmefällen zweimal wiederholt werden. Hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) Bei einem Wechsel der Hochschule, des Studienganges oder der Prüfungsordnung innerhalb der Hochschule werden gleichwertige Leistungen bei der Zählung nach Abs. 1 und 2 berücksichtigt. Zur Bestimmung der „Gleichwertigkeit“ gilt § 17 entsprechend.

§ 13 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die Durchführung der durch diese Prüfungs- und Studienordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Dem Prüfungsausschuss gehören acht Mitglieder an: aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren je zwei Mitglieder aus der Fakultät Wirtschaft und Soziales sowie aus der Fakultät Design, Medien und Information und aus den Gruppen der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Studierenden jeweils ein Mitglied für jede Fakultät. Für jedes Mitglied ist eine Vertreterin/ein Vertreter zu benennen. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre.

(2) Sowohl die jeweiligen Mitglieder des Prüfungsausschusses als auch die Vertretung für jedes einzelne Mitglied werden von den jeweiligen Fakultätsräten gewählt. Der Prüfungsausschuss wählt aus den Vollmitgliedern ein vorsitzendes Mitglied und dessen Stellvertretung. Beide müssen der Gruppe der Professorinnen bzw. Professoren angehören. Das vorsitzende Mitglied sowie dessen Stellvertretung soll abwechselnd für jeweils zwei Jahre von der Fakultät Wirtschaft und Soziales oder von der Fakultät Design, Medien und Information gestellt werden. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die prüfungsrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden und der ordnungsgemäße Ablauf der Prüfungen sichergestellt ist. Der Prüfungsausschuss sorgt durch eine entsprechende Organisation des Studien- und Prüfungsangebots dafür, dass die vorgeschriebenen Leistungen und

die Master-Thesis innerhalb der festgesetzten Regelstudienzeit erbracht werden können. Der Prüfungsausschuss berichtet im Bedarfsfall dem Fakultätsrat über Stand und Entwicklung des Prüfungswesens und der Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform des Studienganges und der Prüfungs- und Studienordnung.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungen beizuwohnen. Das Recht erstreckt sich auch auf die Beschlussfassung über die Noten und deren Bekanntgabe. Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit über alle mit der Prüfung einzelner Studierender zusammenhängenden Vorgänge und Beratungen verpflichtet. Sofern ein Mitglied oder dessen Vertretung nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, sind sie oder er durch das vorsitzende Mitglied oder dessen Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(5) Der Prüfungsausschuss tagt nicht öffentlich. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder, darunter das vorsitzende Mitglied oder dessen Stellvertretung, anwesend sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des vorsitzenden Mitglieds. Der Prüfungsausschuss kann in einer Geschäftsordnung festlegen, in welchen Fällen Beschlüsse im Umlaufverfahren herbeigeführt werden können. Er kann in der Geschäftsordnung einzelne Befugnisse auf das vorsitzende Mitglied übertragen. Gegen die Entscheidungen des vorsitzenden Mitglieds kann der Prüfungsausschuss angerufen werden; die Anrufung hat aufschiebende Wirkung. Die Beschlüsse des Prüfungsausschusses sind zu protokollieren. Die Beschlüsse des Prüfungsausschusses und die des vorsitzenden Mitglieds im Rahmen der ihm übertragenen Einzelbefugnisse sind für alle Beteiligten verbindlich. Die Rechte der Studierenden auf Durchführung der Widerspruchsverfahren und gerichtlichen Verfahren bleiben davon unberührt.

(6) Der Prüfungsausschuss setzt die Termine für die zu erbringenden Leistungen und das damit verbundene Anmeldeverfahren für alle Beteiligten verbindlich fest. Für die sonstigen Prüfungen kann er die Termine und das Anmeldeverfahren verbindlich festlegen. Der Prüfungsausschuss gibt seine Anordnungen, Festsetzungen und andere Entscheidungen, insbesondere die Bekanntgabe der Anmelde- und Prüfungstermine sowie Prüfungsergebnisse, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen mit rechtlich verbindlicher Wirkung durch Aushang, im Internet oder in sonstiger geeigneter Weise rechtzeitig bekannt.

§ 14 Prüfende

(1) Die Prüfenden werden von den jeweiligen Fakultätsräten bestellt. Die Fakultätsräte können diese Aufgabe an den zuständigen Prüfungsausschuss delegieren. Für Zweitgutachten und in besonderen Ausnahmefällen können zu Prüfenden auch Personen anderer Fakultäten derselben oder anderer Hochschulen bestellt werden, sofern sie mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

(2) Die Prüfenden sind bei der Beurteilung von Prüfungsleistungen nicht an Weisungen gebunden. § 13 Abs. 4 Sätze 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 15 Täuschung, Ordnungsverstoß, Versäumnisse

(1) Unternimmt die oder der Studierende bei Leistungen einen Täuschungsversuch, fertigt die Prüferin/der Prüfer bzw. im Falle einer in kontrollierter Form erbrachten Leistungen die aufsichtsführende Person über das Vorkommnis einen gesonderten Vermerk an, den sie oder er unverzüglich dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses vorlegt. Wird der Täuschungsversuch während der Erbringung einer Prüfung offenkundig, wird die oder der Studierende nicht von der Fortführung der Prüfung ausgeschlossen, es sei denn, es liegt ein Ordnungsverstoß nach Abs. 2 vor. Die oder der Studierende wird unverzüglich über die gegen sie oder ihn erhobenen Vorwürfe unterrichtet. Die Entscheidung über das Vorliegen eines Täuschungsversuches trifft der Prüfungsausschuss; der oder dem Studierenden ist zuvor Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Stellt der Prüfungsausschuss einen Täuschungsversuch fest, wird die Prüfungs- oder Studienleistung mit der Note "nicht ausreichend" (5,0) und die Studienleistung mit „nicht bestanden“ bewertet. Leisten Studierende bei einem Täuschungsversuch Beihilfe, gelten die Sätze 1 bis 5 für ihre Leistungen entsprechend. Ist der Verstoß unter Verletzung strafrechtlicher Vorschriften erfolgt, kann die oder der Studierende den Anspruch auf Wiederholung gemäß § 12 endgültig verlieren.

(2) Eine Studierende oder ein Studierender, die oder der schuldhaft einen Ordnungsverstoß begeht, durch den andere Studierende oder das Prüfungsgespräch gestört werden, kann von der jeweiligen Prüferin bzw. dem Prüfer von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden, wenn sie oder er das störende Verhalten trotz Abmahnung fortsetzt. Abs. 1 Sätze 1, 3 und 4 gilt entsprechend. Stellt der Prüfungsausschuss einen den Ausschluss rechtfertigenden Ordnungsverstoß fest, wird die Prüfungsleistung mit der Note "nicht ausreichend" (5,0) und die Studienleistung mit „nicht bestanden“ bewertet. Andernfalls ist der oder dem Studierenden alsbald Gelegenheit zu geben, die Prüfungs- oder Studienleistung erneut zu erbringen.

(3) Werden gemäß § 13 Abs. 6 durch den Prüfungsausschuss oder durch die oder den Prüfenden verbindliche Anmeldefristen zu den Prüfungen festgelegt und hat sich eine/ein Studierender nicht innerhalb der Anmeldefrist zur Prüfung angemeldet, kann sie/er an der Prüfung nicht teilnehmen. Hat sich eine Studierende oder ein Studierender verbindlich für eine Prüfung angemeldet und hält die oder der Studierende die Bearbeitungszeit für die Prüfung nicht ein oder erscheint nicht rechtzeitig zum Prüfungstermin (Versäumnis), wird die Prüfungsleistung mit der Note "nicht ausreichend" (5,0), die Studienleistung mit „nicht bestanden“ bewertet, es sei denn, die oder der Studierende hat die Bearbeitungszeit bzw. den Prüfungstermin ohne ihr oder sein Verschulden nicht eingehalten bzw. versäumt. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses kann, sofern dies die jeweilige Art der Prüfungsleistung zulässt, die Bearbeitungszeit für eine Prüfung bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, der von der oder dem Studierenden unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden muss, angemessen verlängern. § 16 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Die Entscheidung des Prüfungsausschusses ist der/dem betroffenenen Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 16 Unterbrechung der Prüfung

(1) Die Studierenden können die Prüfung aus wichtigem Grund unterbrechen.

(2) Der für die Unterbrechung geltend gemachte Grund muss dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit ist dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses ein ärztliches Zeugnis vorzulegen, das die Prüfungsunfähigkeit des Studierenden zum Zeitpunkt der Prüfung bescheinigt. Das vorsitzende Mitglied kann auf die Vorlage verzichten, wenn offensichtlich ist, dass die oder der Studierende erkrankt ist.

(3) Unterbricht eine Studierende oder ein Studierender die Prüfung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, wird die Prüfung in dem betreffenden Prüfungsfach mit der Note "nicht ausreichend" (5,0) bewertet.

§ 17 Nachteilsausgleich für behinderte und chronisch kranke Studierende

(1) Macht eine Studentin oder ein Student glaubhaft, dass sie oder er wegen einer chronischen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungs- oder Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb vorgesehenen Prüfungsfristen abzulegen, kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit der Prüfungs- oder Studienleistung bzw. die Fristen für das Ablegen von Prüfungen verlängern oder gleichwertige Prüfungsarten in einer bedarfsgerechten Form gestatten. Kann eine Studentin oder ein Student vorgeschriebenen Anwesenheitspflichten aufgrund seiner bzw. ihrer Behinderung oder Krankheit nicht nachkommen, kann der Prüfungsausschuss zum Ausgleich angemessene Ersatzleistungen vorsehen. Darüber hinaus sind in erforderlichen Ausnahmefällen für vorgeschriebene Praktika und Auslandsaufenthalte ebenfalls Ersatzleistungen vorzusehen.

(2) Bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses nach Absatz 1 ist die Behindertenbeauftragte bzw. der Behindertenbeauftragte gemäß § 88 Absatz 3 HmbHG zu beteiligen.

(3) Zur Glaubhaftmachung einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit kann die Vorlage geeigneter Nachweise, insbesondere eines ärztlichen Zeugnisses, verlangt werden. In Zweifelsfällen kann das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses die Vorlage eines qualifizierten ärztlichen Attests verlangen. Dieses muss

mindestens Angaben enthalten über die von der Behinderung bzw. chronischen Erkrankung ausgehende körperliche und/oder psychische Funktionsstörung, deren Auswirkungen auf die Prüfungs- oder Studierfähigkeit der oder des Studierenden aus medizinischer Sicht, den Zeitpunkt des dem Attest zugrunde liegenden Untersuchungstermins sowie eine ärztliche Prognose über die Dauer der chronischen Erkrankung oder Behinderung. Das vorsitzende Mitglied kann auf die Vorlage eines ärztlichen Attests verzichten, wenn offensichtlich ist, dass die oder der Studierende chronisch erkrankt oder behindert ist.

§ 18 Nachteilsausgleich in besonderen Lebenssituationen

(1) Auf Antrag sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweiligen Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MuSchG) festgelegt sind und die Fristen der Gesetze zur Eltern- und Pflegezeit entsprechend zu berücksichtigen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen auf Antrag jede Frist nach der fachspezifischen Prüfungs- und Studienordnungen.

(2) Soweit die Betroffenen an Lehrveranstaltungen und Prüfungen nicht teilnehmen können, ist auf Antrag zu prüfen, ob und wie die Kenntnisse anderweitig erworben und geprüft werden können. Kann vorgeschriebenen Anwesenheitspflichten nicht nachgekommen werden, kann der Prüfungsausschuss zum Ausgleich angemessene Ersatzleistungen vorsehen. Ist ein Nachteilsausgleich möglich, so legt der Prüfungsausschuss die Einzelheiten fest. Darüber hinaus sind in erforderlichen Ausnahmefällen für vorgeschriebene Praktika und Auslandsaufenthalte nach Möglichkeit ebenfalls Ersatzleistungen festzulegen.

(3) Die Bearbeitungszeit mehrtägiger Prüfungsformen kann nicht durch eine Berücksichtigung von Mutterschutz-, Elternzeit- und Pflegezeitfristen unterbrochen oder verlängert werden. Wird die gestellte Arbeit wegen der Inanspruchnahme dieser Fristen nicht fertig gestellt, so gilt die Prüfung als aus wichtigem Grund unterbrochen. Das Thema der Prüfungsform kann an die Studierende oder den Studierenden nicht erneut vergeben werden, es wird bei erneutem Antritt der Prüfung ein neues Thema vergeben.

(4) Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Mutterschutzfristen sowie Eltern- und Pflegezeit sind bei Antragstellung unverzüglich glaubhaft zu machen.

§ 19 Anrechnung von Studienzeiten und Prüfungen

(1) Studienzeiten und Leistungen werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten und Leistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des Studienganges „Multichannel Trade Management in Textile Business“ im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten und Leistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Eine Anerkennung mit Auflagen ist zulässig.

(2) Werden Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote mit einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen ist zur Ermittlung der Note eine Prüfung durchzuführen.

(3) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 2 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten und Leistungen erfolgt auf Antrag der/ des Studierenden. Die/ der Studierenden hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(4) Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss. In den Fällen des Abs. 1 entscheidet er auch, welche Auflagen zu erfüllen sind.

§ 20 Prüfungsakten, Aufbewahrungsfristen, Akteneinsicht

(1) Über jede Studierende und jeden Studierenden wird eine Prüfungsakte geführt. Sie kann in schriftlicher und/oder elektronischer Form geführt werden. Die Prüfungsakte dokumentiert alle im Hinblick auf den Studienerfolg relevanten Prüfungsergebnisse.

(2) Die Aufbewahrungsfrist für die folgenden Prüfungsergebnisse beträgt fünfzig Jahre: die Ergebnisse aller Modulprüfungen und Studienleistungen und der Thesis sowie die Durchschriften der Zeugnisse und der Urkunde über die Verleihung des akademischen Grads (Leistungsübersicht). Die Daten können auch in elektronischer Form gespeichert werden. Alle übrigen Unterlagen, insbesondere die für die erbrachten Modulprüfungen und Studienleistungen ausgestellten Bescheinigungen oder Listen, die Thesis und die damit zusammenhängenden Gutachten sowie mündliche Prüfungsprotokolle und schriftliche Ausarbeitungen sind fünf Jahre aufzubewahren. Die vorgenannten Fristen beginnen mit der Bekanntgabe der Exmatrikulation zu laufen. Nach Ablauf der Frist sind die schriftlichen Unterlagen zu vernichten, die in elektronischer Form gespeicherten Dateien zu vernichten.

(3) Die im Rahmen der Prüfungen erbrachten schriftlichen Leistungen sowie die Exemplare der Master-Thesis nach § 8 Abs. 5 werden nicht zurückgegeben. In die schriftlichen Arbeiten können die Studierenden bei dem Prüfenden nach vorheriger Terminbeganntgabe Einsicht nehmen. Die Klausureinsicht erfolgt spätestens im Folgesemester. Im Übrigen ist in die Prüfungsakte der oder des Studierenden auf schriftlichen Antrag innerhalb einer Frist von vier Wochen Einsicht zu gewähren.

§ 21 Widerspruch

Widersprüche gegen das Prüfungsverfahren und gegen Prüfungsentscheidungen sind, sofern eine Rechtsmittelbelehrung erteilt wurde, innerhalb eines Monats, ansonsten innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe bei dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses einzulegen. Der Widerspruch sollte schriftlich begründet werden. Hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch nicht oder nicht in vollem Umfange ab, so ist er dem zuständigen Widerspruchsausschuss zuzuleiten.

§ 22 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Hat eine Studierende oder ein Studierender bei einer Prüfung, die für den erfolgreichen Abschluss des Studienganges erforderlich ist, getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betreffende Prüfungsleistung mit der Note "nicht ausreichend" (5,0) bewerten und benoten, die weiteren davon berührten Noten entsprechend berichtigen und das Studium ganz oder teilweise für nicht erfolgreich abgeschlossen erklären. Dasselbe gilt entsprechend für Studienleistungen.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Erteilung des Zeugnisses gemäß § 11 nicht erfüllt, ohne dass der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der jeweiligen Prüfung geheilt.

(3) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen. Eine Entscheidung nach den Abs. 1 und 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren, beginnend mit dem Datum des Zeugnisses, ausgeschlossen.

§ 23 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Hochschulanzeiger in Kraft. Sie gilt ab dem Sommersemester 2008.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg, den 10. September 2009

**Ordnung zur Beendigung der „Prüfungs- und Studienordnung des europäischen
Diplomstudiengangs Elektrotechnik und Elektronik an der
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“
Vom 24. September 2009**

Das Präsidium der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 24. September 2009 nach § 108 Absatz 1 letzter Satz in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1 Hamburgisches Hochschulgesetz - HmbHG - vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 23. September 2008 (HmbGVBl. S. 335), die vom Fakultätsrat am 25. Oktober 2007 nach § 91 Absatz 2 Nummer 1 HmbHG beschlossene „Ordnung zur Beendigung der Prüfungs- und Studienordnung des europäischen Diplomstudiengangs Elektrotechnik und Elektronik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ in der nachstehenden Fassung genehmigt.

§ 1 Zweck der Ordnung

Diese Ordnung regelt die Beendigung der Ausbildung im „europäischen Diplomstudiengang Elektrotechnik und Elektronik“ durch die Aufnahme entsprechender Änderungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen in die „Prüfungs- und Studienordnung für den europäischen Diplomstudiengang Elektrotechnik und Elektronik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ vom 19. November 2001 (Amtlicher Anzeiger 2002 Seite 1177).

§ 2 Schlussbestimmungen

(1) Die in §1 genannte Ordnung wird mit Ablauf des Sommersemesters 2010 aufgehoben.

(2) Die Lehrveranstaltungen (Lehrangebot) und die Prüfungen (Prüfungsangebot) werden nach dem folgenden Zeitplan letztmalig angeboten:

Lfd. Nr.	Fachsemester (FS)	Lehrangebot (letztmaliger Zeitpunkt des Angebots der Lehrveranstaltungen: Sommersemester (SS) oder Wintersemester (WS))	Prüfungsangebot (letztmaliger Zeitpunkt des Angebots der Ablegung von Prüfungen: Sommersemester (SS) oder Wintersemester (WS))
1.	1. FS	letztmalig im WS 05	letztmalig im WS 06
2.	2. FS	Letztmalig im SS 06	letztmalig im SS 07
3.	3. FS	letztmalig im WS06	letztmalig im WS 07
4.	4.FS	letztmalig im SS07	letztmalig im SS 08
5.	5. FS	Hauptpraktikum (keine Veranstaltungen)	Hauptpraktikum (keine Prüfungen)
6.	6. FS	letztmalig im SS08	letztmalig im SS 09
7.	7.FS	letztmalig im WS08	letztmalig im WS 09
8.	8. FS	letztmalig im SS09	letztmalig im SS 10

Lehrveranstaltungen mit oder ohne Prüfungen, die freiwillig außerhalb des vorstehenden Zeitplans angeboten werden, begründen keine Verpflichtung, ein solches Angebot fortzusetzen.

(3) Der Wechsel in den auslaufenden europäischen Diplomstudiengang „Elektrotechnik und Elektronik“ ist nach § 10 Absatz 4 der Immatrikulationsordnung vom 25. November 2004 (Amtl. Anz. 2005 S. 51), geändert am 29. Juni 2006 (Amtl. Anz. 2006 S. 1793), ausgeschlossen.

§ 3 In-Kraft-treten

Diese Ordnung tritt mit Veröffentlichung im Hochschulanzeiger der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg in Kraft.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg, den 24. September 2009

**Ordnung zur Beendigung der „Prüfungs- und Studienordnung des Diplomstudiengangs
Informations- und Elektrotechnik an der
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“
Vom 24. September 2009**

Das Präsidium der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 24. September 2009 nach § 108 Absatz 1 letzter Satz in Verbindung mit Absatz 4 Satz 1 Hamburgisches Hochschulgesetz - HmbHG - vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 23. September 2008 (HmbGVBl. S. 335), die vom Fakultätsrat am 25. Oktober 2007 nach § 91 Absatz 2 Nummer 1 HmbHG beschlossene „Ordnung zur Beendigung der Prüfungs- und Studienordnung des Diplomstudiengangs Informations- und Elektrotechnik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ in der nachstehenden Fassung genehmigt.

§ 1 Zweck der Ordnung

Diese Ordnung regelt die Beendigung der Ausbildung im „Diplomstudiengang Informations- und Elektrotechnik“ durch die Aufnahme entsprechender Änderungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen in die „Prüfungs- und Studienordnung für den Diplomstudiengang Informations- und Elektrotechnik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ vom 4. Mai 2000 (Amtlicher Anzeiger 1999 Nr. 86 Seite 2033), zuletzt geändert am 7. Dezember 2004 (Amtlicher Anzeiger 2005 Nr. 8 Seite 122).

§ 2 Schlussbestimmungen

(1) Die in §1 genannte Ordnung wird mit Ablauf des Sommersemesters 2012 aufgehoben.

(2) Die Lehrveranstaltungen (Lehrangebot) und die Prüfungen (Prüfungsangebot) werden nach dem folgenden Zeitplan letztmalig angeboten:

Lfd. Nr.	Fachsemester (FS)	Lehrangebot (letztmaliger Zeitpunkt des Angebots der Lehrveranstaltungen: Sommersemester (SS) oder Wintersemester (WS))	Prüfungsangebot (letztmaliger Zeitpunkt des Angebots der Ablegung von Prüfungen: Sommersemester (SS) oder Wintersemester (WS))
1.	1. FS	letztmalig im SS 06	letztmalig im WS 08
2.	2. FS	Letztmalig im WS 06	letztmalig im SS 09
3.	3. FS	letztmalig im SS07	letztmalig im WS 09
4.	4.FS	letztmalig im WS07	letztmalig im SS 10
5.	5. FS	Hauptpraktikum (keine Veranstaltungen)	Hauptpraktikum (keine Prüfungen)
6.	6. FS	letztmalig im WS08	letztmalig im SS 11
7.	7.FS	letztmalig im SS09	letztmalig im WS 11
8.	8. FS	letztmalig im WS09	letztmalig im SS 12

Lehrveranstaltungen mit oder ohne Prüfungen, die freiwillig außerhalb des vorstehenden Zeitplans angeboten werden, begründen keine Verpflichtung, ein solches Angebot fortzusetzen.

(3) Der Fakultätsrat hat Äquivalenzlisten zwischen dem Diplom- und Bachelorstudiengang Informations- und Elektrotechnik in seiner Sitzung vom 1.2.2007 beschlossen. Äquivalenzlisten legen für die im Absatz 1 genannte Ordnung fest, welche der im Department Informations- und Elektrotechnik angebotenen Lehrveranstaltungen und Prüfungen denen der „Prüfungs- und Studienordnung des Bachelorstudiengangs Informations- und Elektrotechnik am Department Informations- und Elektrotechnik“ geregelten Fächern, Prüfungs- und Studienleistungen entsprechen.

(4) Der Wechsel in den auslaufenden Diplomstudiengang „Informations- und Elektrotechnik“ ist nach § 10 Absatz 4 der Immatrikulationsordnung vom 25. November 2004 (Amtl. Anz. 2005 S. 51), geändert am 29. Juni 2006 (Amtl. Anz. 2006 S. 1793), ausgeschlossen, es sei denn, dass die Vordiplomprüfung des gleichen oder eines verwandten Studiengangs (Vordiplom- oder eine gleichwertige Zwischenprüfung) mit einer Gesamtnote von mindestens befriedigend (3,0) erfolgreich bestanden wurde und dass das Studium noch vor dem in Absatz 1 festgelegten Zeitpunkt abgeschlossen werden kann. Eine Aufnahme nach dem Sommersemester 2008 ist ausgeschlossen.

§ 3 In-Kraft-treten

Diese Ordnung tritt mit Veröffentlichung im Hochschulanzeiger der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg in Kraft.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg, den 24. September 2009

**Erste Änderung der
Prüfungs- und Studienordnung
für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit an der Fakultät Wirtschaft
und Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
vom 8. Oktober 2009**

Das Präsidium der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat am 8. Oktober 2009 nach § 108 Absatz 1 letzter Satz und Absatz 4 Satz 1 Hamburgisches Hochschulgesetz – HmbHG – vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 23. September 2008 (HmbGVBl. S. 335), die vom Fakultätsrat am 2. Juli 2009 gemäß § 91 Absatz 2 Nummer 1 HmbHG. beschlossene erste Änderung der „ Prüfungs- und Studienordnung für den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit des Departments Soziale Arbeit an der Fakultät Wirtschaft und Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg“ (Hochschulanzeiger 26/2008 S. 6) in der nachstehenden Fassung bis zum 28. Februar 2011 genehmigt.

§ 1 Änderungen

Die Tabelle in § 9 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Tabelle § 9 Abs. 4

Modul	Teilmodul	Modul-art	Lehrver-anstaltung	Semester	Lehrform	SW S	Gruppen-größe	Credits	Prüfungs-leistung	Teilnahmevor-aussetzungen
Modul 1: Einführung in die Soziale Arbeit	1.1: Geschichte	PM	wie TM-Bez.	1.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2	LN (K)	Keine
	1.1: Gegenstand und Funktion		wie TM-Bez.	1.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
	1.2: Fachprojekt		wie TM-Bez.	1.	Übung	4	20	4	SN (P)	
Modul 2: Ökonomie, Politik, Gesellschaft: Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit		PM	Sozialpolitik	1.	Seminaristischer Unterricht	4	35	4	SN (R. o. H.)	Keine
			Ökonomie	1.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
Modul 3: Propädeutik	3.1: Orientierungseinheit	PM	wie TM-Bez.	1.	Lehrvortrag	2	60	1	SN (A)	Keine
	3.1: Mentoring		wie TM-Bez.	1.	Praxisgruppe	1,5	12	1		
	3.2: Wissenschaftliches Arbeiten		wie TM-Bez.	1.	Übung	2	20	2	SN (R. o. A. o. P.)	
Modul 4: Recht der Sozialen Arbeit: Sozialrecht		PM	wie M.-Bez.	1. oder 2.	Seminaristischer Unterricht	4	35	6	LN (K)	Keine
Modul 5: Soziologische, Erziehungs-wissenschaftliche und psychologische Bezüge Sozialer Arbeit		PM	Erziehungs-wissenschaft	1.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2	LN (K o. R o. H)	Keine
			Soziologie	1.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
			Psychologie	1.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
Modul 6: Theorien und Grundorientierungen Sozialer Arbeit		PM	wie M.-Bez.	2.	Seminaristischer Unterricht	4	35	6	LN (K)	Keine
Modul 7: Theorie und Praxis der Kommunikation und Beratung		PM	wie M.-Bez.	2.	Übung	4	20	6	SN (P)	Keine
Modul 8: Einführung in das Praktikum und die Schwerpunkte	8.1: Ringvorlesung und Vorbereitung des Praxissemesters	PM	wie TM-Bez.	2. und 3.	Lehrvortrag	2	60	4	SN (A)	Keine
	8.2: Mentoring	PM	wie TM-Bez.	2.	Praxisgruppe	1	12	1		
	8.3: Einführung in Schwerpunkte	PM	wie TM-Bez.	3.	Seminaristischer Unterricht	1	35	1		

Modul 9: Einführung in empirische Forschungsmethoden Sozialer Arbeit	9.1: Einführung in quantitative Methoden	PM	wie TM-Bez.	2. oder 3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	SN (P o. A)	Keine
	9.2: Einführung in qualitative Methoden		wie M.-Bez.	2. oder 3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	SN (P o. A)	
Modul 10: Recht der Sozialen Arbeit: Familien- und Jugendhilferecht		PM	wie M.-Bez.	1. oder 2.	Seminaristischer Unterricht	4	35	6	LN (K)	Keine
Modul 11: Interdisziplinäre Betrachtung des Lebenslaufes: Fokus Kindheit, Jugend, Familie		PM	Erziehungswissenschaft	2.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2	LN (K o. R o H)	Keine
			Soziologie	2.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
			Psychologie	2.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
Modul 12: Professionelles Handeln: Konzepte und Arbeitsformen		PM	Übung	3.	Übung	6	20	6	LN (mP o. P)	Keine
Modul 13: Kultur, Ästhetik, Medien: Allgemeine Grundlagen kreativer Medien in der Sozialen Arbeit		PM	wie M.-Bez.	3.	Übung	5	20	6	SN (R o. P.)	Keine
Modul 14: Allgemeinwissenschaftliche und philosophische Aspekte Sozialer Arbeit		WPM	wie M.-Bez.	3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	SN (A)	Keine
Modul 15: Gesundheitswissenschaftliche Grundlagen Sozialer Arbeit		PM	wie M.-Bez.	3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	SN (R o. H)	Keine
Modul 16: Interdisziplinäre Betrachtung des Lebenslaufes: Fokus Erwachsene und alte Menschen		PM	Erziehungswissenschaft	3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2	LN (K o. R o. H)	Keine
			Soziologie	3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
			Psychologie	3.	Seminaristischer Unterricht	2	35	2		
Modul 17: Professionelles Handeln: Sozialarbeitspolitik		PM	wie M.-Bez.	4.	Seminaristischer Unterricht	3	35	6	LN (R o. H)	Keine

Modul 18: Kultur, Ästhetik, Medien: Theorie und Praxis kreativer Medien		PM	Theorie kreativer Medien	4.	Seminaristischer Unterricht	2	35	4	LN (P)	Keine
			Praxis kreativer Medien	4.	Übung	2	20	2		
Modul 19: Einstieg ins Praktikum	19.1: Theorie- Praxis-Seminar und Praxistag	PM	Praxistag	4.	Praxis	--	--	4	SN (A)	Keine
			Theorie-Praxis-Seminar	4.	Praxisgruppe	2	12	2		
	19.2: Vertiefung von Theorie und Arbeitsformen des Schwerpunktes	PM	Theorie des Schwerpunktes	4.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	SN (P o. R)	
			Arbeitsformen des Schwerpunktes	4.	Übung	2	20	3		
Modul 20: Wahlpflicht Recht		WPM	entweder 1 LV á 4 SWS / 6 CP oder 2 LV á 2 SWS / 3 CP	4.	Seminaristischer Unterricht	4	35	6	SN (K. o. mP o. R. o. H. o. A.)	Keine
Modul 21: Lernen in der Praxis	21.1: Praktikum	PM	wie TM-Bez.	5.	Praxis	--	--	24	SN (A)	Module 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 13, 19
	21.2 : Theorie-Praxis-Seminar		wie TM-Bez.	5.	Praxisgruppe	3	12	3	SN (P)	
	21.3: Theorie und Arbeitsformen des Schwerpunktes		wie TM-Bez.	5.	Seminaristischer Unterricht	3	35	3	SN (P)	
Modul 22: Vielfalt und Differenz in der Sozialen Arbeit: Gender und Migration	Gender	PM	wie M.-Bez.	6.	Übung	2	20	3	SN (A)	Keine
	Migration		wie M.-Bez.	6.	Übung	2	20	3		
Modul 23: Sozialpolitische und fachliche Debatten, Entwicklungen und Internationales	(Besonderheit: Die Studierenden können entweder eine 2- und eine 4-stündige LV besuchen oder drei 2-stündige. Insgesamt ein SN für das Modul)	WPM	aktuelle relev. Themen für Soziale Arbeit	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	SN (R o. P o. A)	Keine
			aktuelle relev. Themen für Soziale Arbeit	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	4	35	6		
			aktuelle relev. Themen für Soziale Arbeit	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	2x2	35	2x3		

Modul 24: Vertiefung empirischer Forschungsmethoden Sozialer Arbeit		PM	wie M.-Bez.	6.	Seminaristischer Unterricht	4	35	6	SN (P o. R o. H o. mP)	Keine
Modul 25: Sozialwirtschaft: Ökonomie Sozialer Arbeit/Sozialmanagement	Ökonomie	PM	wie M.-Bez.	6.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	LN (K o. R o. H)	Keine
	Sozialmanagement		wie M.-Bez.	6.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3		
Modul 26: Wahlpflicht Psychologie und Sozialwissenschaften		WPM	Psychologie	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3	LN (K o. R o. H) SN (A)	Keine
			Soziologie	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3		
			Erziehungswissenschaft	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3		
			Sozialpolitik	6. und 7.	Seminaristischer Unterricht	2	35	3		
Modul 27: Interdisziplinäre Fallarbeit – Multiperspektivische Fallbearbeitung		PM	wie M.-Bez.	7.	Übung	3	20	6	LN (P)	Keine
Modul 28: Bachelorwerkstatt		PM	Bachelor-Werkstatt	6.		3	20	2	LN (Bachelor-Thesis)	Keine ----- Beachte aber § 16 Abs. 1 für die Ausgabe der Bachelor-Thesis
			Bachelor-Werkstatt	7.	Übung	1	20	1		
			Bachelor-Thesis	6.und 7.						

210

§ 2

In-Kraft-Treten

Diese Änderungen treten mit ihrer Bekanntmachung im Hochschulanzeiger in Kraft. Sie gelten für alle Studierenden des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit.

Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Hamburg, den 8. Oktober 2009